

verschiedenen Terrorgruppen in Ägypten auch gegenseitig bekämpften und in immer neue Fraktionen aufspalteten, hat inzwischen offenbar eine Vereinheitlichung stattgefunden. Das Regime von Präsident *Mubarak* setzt sich gegen die Gruppen inzwischen immer heftiger zur Wehr.

Es ist zu erwarten, daß die Auseinandersetzungen zwischen der Staatsmacht und den Terrorgruppen weiter zunehmen werden. Eine Entspannung ist nur zu erwarten, wenn sich die

allgemeine Lage des Landes im wirtschaftlichen und sozialen Bereich erheblich verbessert. Falls dies nicht geschieht, wird sich die Anhängerschaft radikaler Gruppen verstärken. Ebenso ist zu erwarten, daß sich die große Organisation der Muslimbrüder mehr und mehr zu einem stabilisierenden Element im Land entwickeln wird, auf dessen ideologische Forderungen das herrschende Regime sich immer stärker einstellen wird, um ihre Unterstützung zu gewinnen. *Peter Heine*

„Wir Ostdeutsche werden mit Nachdruck Gleichberechtigung einfordern“

Ein Gespräch mit ZdK-Vizepräsidentin Maria Luise Blazejewski

Nach der Einigung zwischen Bund und Ländern über den „Solidarpakt“ stehen jetzt die finanziellen Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung in den neuen Bundesländern. Wie sehen die Menschen dort heute ihre Situation? Wie setzen sie sich mit ihrer DDR-Vergangenheit auseinander? Welche besonderen Probleme haben Kinder und Jugendliche. Wo liegen die Herausforderungen für die christliche Minderheit? Darüber sprachen wir mit Maria Luise Blazejewski, die im November 1992 in das Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gewählt wurde. Frau Blazejewski leitet das Gymnasium im thüringischen Saalfeld. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Frau Blazejewski, aus den neuen Bundesländern kommen derzeit sehr unterschiedliche Signale. Es fehlt nicht an Anzeichen dafür, daß viele Menschen unter den neuen Verhältnissen inzwischen Trübsal gefaßt haben, es gibt aber auch Zeichen von Resignation und Verbitterung. Wie schätzen Sie die allgemeine Stimmungslage ein?

Blazejewski: Die Stimmungslage ist ambivalent und läßt sich am besten verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie die Wiedervereinigung vollzogen wurde. Durch die Art des Beitritts über den Paragraphen 23 des Grundgesetzes ist gleichsam festgeschrieben worden, daß es im wiedervereinigten Deutschland Lehrer und Schüler, erfolgreiche und gescheiterte Deutsche gibt. Dies wird im Osten schmerzlicher empfunden als die Trennung durch die Mauer. Bitterkeit ist eine Phase des Trauerns nach dem tragischen Zerschlagen von Lebensentwürfen. Die persönlichen Opfer und Schwierigkeiten mit der Umstellung auf eine völlig andere gesellschaftliche Struktur überdecken die Zustimmung zum politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel, an der meines Erachtens grundsätzlich aber nicht zu zweifeln ist.

HK: Ist die Grundzustimmung zur Staats- und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik in den neuen Ländern wirklich so allgemein? Wie steht es denn mit dem Teil der Bevölkerung,

für den das Ende der DDR wenig greifbare Vorteile brachte, sondern – zumindest in ihrer persönlichen Optik – eher ein Verlustgeschäft war?

Blazejewski: Unter der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stagnation in der DDR hat die Bevölkerungsmehrheit gelitten. Ich kann in der Diskussion innerhalb der neuen Länder nicht wahrnehmen, daß Vorteile und Verluste aufgerechnet würden. Dies bestimmt eher die Beziehung zu den Ländern und Menschen in der alten Bundesrepublik und ergibt sich aus der Wahrnehmung, daß die Lasten der deutschen Kriegs- und Nachkriegsgeschichte einseitig auf die östlichen Länder abgewälzt werden. Dazu kommt, daß Erwartungen enttäuscht und Investitionsversprechen nicht eingehalten wurden, rücksichtsloser Bereicherung nicht gewehrt wurde. Man vermißt darüber hinaus in der Politik eine klare Linie, die notwendige Verlässlichkeit.

HK: Ein erheblicher Prozentsatz der Menschen in den neuen Ländern ist derzeit arbeitslos bzw. in ABM-Maßnahmen tätig. Wird die Arbeitslosigkeit von den Betroffenen als ein schmerzlicher, aber letztlich notwendiger Preis betrachtet, der für den Anschluß an das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik zu entrichten ist, oder trauert man teilweise den Zeiten nach, in denen es keine Arbeitslosigkeit gab?

Blazjewski: Für vorübergehende, mit dem Zusammenbruch des Wirtschaftsgefüges begründbare Arbeitslosigkeit gab es großes Verständnis; ohne Widerstand hat man sich in das Unabwendbare gefügt. Immer stärker greift aber jetzt die Erkenntnis, daß viele außer als Konsumenten nicht wirklich gebraucht werden, daß im Grunde alles auch ohne sie funktioniert. Das verletzt die Menschen, so daß die Vorstellung von einem Menschenrecht auf Arbeit als einem wertvollen Erbe der DDR neu bewußt wird.

„Uns geht es um Befreiung zur Selbstbestimmung und um Partnerschaft“

HK: Rührt die Verbitterung teilweise nicht auch daher, daß nicht wenige Leute, die dem DDR-System in verantwortlichen Stellen treu gedient haben, ihre Schäfchen ins Trockene gebracht haben und auch unter den neuen Verhältnissen beruflich-materiell recht gut versorgt sind?

Blazjewski: Natürlich wird darüber immer wieder geklagt. Durch Entscheidungen in der Übergangsphase zwischen der Wende und dem Beitritt zur Bundesrepublik wurden Vertreter des Staats-, Sicherheits- und Wirtschaftsapparates der DDR materiell in die Lage versetzt, sich eine neue Existenz aufbauen zu können. Sie wurden problemlos in das neue Wirtschaftsgefüge integriert, während andere, die von diesen Repräsentanten des Apparates bedroht, schikaniert und in ihrer Entfaltung auf vielfältige Weise behindert worden waren, keine Förderung erfahren. Das wird als unerträgliche Ungerechtigkeit erlebt.

HK: In der „alten“ Bundesrepublik gab und gibt es nicht nur, aber auch bei Intellektuellen ein unübersehbares Naserümpfen über die „Ossis“, die sich nicht schnell genug ein Westauto und andere hochwertige Konsumgüter zulegen oder große Urlaubsreisen machen konnten. Was ist von solcher Schelte über ein unkritisches Konsumdenken der Menschen aus den neuen Ländern zu halten? Ist sie ganz und gar unberechtigt?

Blazjewski: Über ihr Konsumverhalten müssen alle Bürger im reichen Norden unserer Erde nicht nur nachdenken, sondern wir müssen es um der ganzen Welt und künftiger Generationen willen unverzüglich ändern. Dazu hat sich die Ökumenische Versammlung in der DDR eindeutig geäußert. Das Naserümpfen der „Wessis“ hielte ich keiner Betrachtung für würdig, wenn ich nicht geneigt wäre, darin ein Indiz für das Beharren auf eingeübten Rollen zu erkennen. Jahrzehntlang war es den Deutschen in der Bundesrepublik – bei relativ geringem Einsatz – möglich, im Osten als Wohltäter aufzutreten. Hilfe, Unterstützung werden auch jetzt noch angeboten. Uns aber geht es nicht um Versorgtwerden, sondern um Befreiung zu Selbstbestimmung, um Gleichberechtigung und Partnerschaft. Über Autos und Urlaubsreisen zu streiten, heißt, die Grundsatzdebatte über den Einigungsprozeß auf Nebenschauplätze zu verschieben. Zweifelsfrei hatte die Bevölke-

rung der DDR mehrheitlich ein unrealistisches, naives Bild vom Westen, wollte oder konnte die Konfliktträchtigkeit der westlichen Gesellschaft und die Komplexität des wirtschaftlichen Gefüges mit all seinen Risiken und Nebenwirkungen nicht wahrnehmen. Ähnlich naiv kommt mir der von Ihnen beschriebene Standpunkt Westdeutscher vor. Nach einem entbehrungsreichen Arbeitsleben haben sich unsere Bürger in der Freude darüber, mit dem ersparten Geld endlich langersehnte Wünsche erfüllen zu können, vielleicht etwas leichtfertig verhalten. Es war ihr Geld, das sie ausgegeben haben. Es ist ein Grundrecht der Deutschen in den neuen Ländern, sich mit denen in den alten zu vergleichen, die Angleichung der Lebensverhältnisse einzufordern. Nur so können wir wirklich ein Land werden.

HK: In allen bis vor wenigen Jahren kommunistisch beherrschten Ländern Mittel- und Osteuropas zeigt sich derzeit, wie mühsam das Einüben in die rechtsstaatliche Demokratie und die freie Marktwirtschaft vonstatten geht, daß demokratische Institutionen allein nicht genügen, sondern die entsprechende Mentalität dazukommen muß. Wie sieht es damit dreieinhalb Jahre nach der Wende in den neuen Bundesländern aus? Hat die Demokratie im Bewußtsein und Handeln der Menschen inzwischen Wurzeln geschlagen?

Blazjewski: Hier muß man zwischen den Ebenen differenzieren. Auf kommunaler Ebene, wo der Prozeß durchschaubar bleibt, hat das Spiel der demokratischen Kräfte teilweise ein erstaunliches Niveau erreicht. In der Verwaltung haben Personen, die ihre Arbeit ohne einschlägige Vorbildung, aber hochmotiviert begonnen haben, erstaunliche Kompetenz erworben. Gleiches gilt für Abgeordnete. Die föderale Struktur unseres Landes, die Beheimatung der Menschen in Thüringen oder Sachsen und die – wenn auch beschränkte – Souveränität der Länder erleichtern das Hineinwachsen in die neue Ordnung. Die Schwierigkeiten mit der psychologischen Identifikation mit der Bundesrepublik habe ich schon genannt. Sie scheinen mir nur durch eine offene Verfassungsdiskussion und entschiedenes Ringen um Lösungen in Grundsatzfragen ausräumbar.

„Die Chance zu Reformen ist nicht genutzt worden“

HK: Auf dieser Grundlage müssen die Menschen in den neuen Ländern dann aber auch wirklich ihren Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens leisten ...

Blazjewski: Läßt man dies wirklich zu? Sind nicht Vergeblichkeitserfahrungen und Enttäuschungen die Ursachen zunehmender Gleichgültigkeit? Die Chance zu Reformen ist nicht genutzt worden. Verrechtlichung und Verkomplizierung aller Lebensvollzüge, Verkrustung und Überperfektionierung der Verwaltung wurden von uns ungeübten Demokraten nicht hinreichend hinterfragt, wir haben auch nicht die Betei-

ligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen gefordert. Vor lauter Aktivismus, dem Streben nach möglichst reibungsarmer Anpassung, aus Mangel an kritischer Distanz gegenüber dem Gewohnten hat man das Nachdenken darüber vernachlässigt, ob das, woran wir angepaßt wurden, für die Zukunft wirklich tragfähig ist.

HK: Was ist eigentlich inzwischen mit dem ganzen Wust an Ideologie geschehen, der den Menschen in der ehemaligen DDR vom Kindergarten bis zur Universität, in den staatlich gelenkten Medien und im Berufsleben ständig aufgeladen wurde, mit dem sie sich entweder identifizierten oder den sie zumindest über sich ergehen lassen mußten? Ist dieses Erbe inzwischen wie ein böser Spuk verschwunden, hat man es einfach abgelegt oder wirkt es nicht doch noch nach?

Blazejewski: Was nie gelesen oder richtig gehört worden ist, also die ausschweifenden Verlautbarungen der SED, das ist auch nachträglich nicht ernst zu nehmen. Anders ist das mit bewußten Verfälschungen und Unwahrheiten, die unter dem Vorzeichen „Wissenschaftlichkeit“ verkauft wurden. Viel fehlgeleitetes Denken wirkt fort. Aufklärung tut dringend not. Auch da sind Chancen verschenkt worden, etwa durch übereiltes Einführen neuer Lehrbücher in den Schulen, statt mit Hilfe der alten die Suche nach der Wahrheit anzustrengen. Aber die Menschen in der DDR wurden nicht nur gegen ihre eigentlichen Überzeugungen durch die offizielle Ideologie indoktriniert. Manches wurde auch bewußt verinnerlicht und als sinnvoll erfahren. Das Leben in unserem Land war doch nicht nur Entfremdung. In der Wendezeit haben sich viele Menschen spontan von ihrer bisherigen Identität distanziiert, gleichsam versucht, ihr bisheriges Leben mit dem alten System wegzuworfen.

„Es gibt kaum Bereitschaft, Schuld zu verantworten oder Versöhnung zu ermöglichen“

HK: Und was kam dann nach dieser ersten Phase der massiven Distanzierung von der DDR-Identität? Hat sie einer ehrlichen Auseinandersetzung mit den vierzig Jahren DDR und den daraus entstandenen Prägungen Platz gemacht?

Blazejewski: „Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen. Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd.“ Mit dieser Erkenntnis setzt Christa Wolfs Aufarbeitung ihrer Kindheit im Nazideutschland („Kindheitsmuster“) ein. Auch bei uns war überall der Totstellreflex spürbar. Heute schaut man freier in die zurückliegenden 56 Jahre erlittener und mitzuverantwortender Diktatur. Wo dies im Osten einsetzt, spricht man im Westen von DDR-Nostalgie. Natürlich schließt das auch trotziges Beharren wider besseres Wissen ein. Aber es gibt auch ernsthaftes Nachdenken darüber, was einen geprägt hat, wie man der geworden ist, der man ist, wovon man sich trennen muß. Das ist ein schmerzlicher Prozeß. Abschiede gibt es nie ohne Schmerzen, ohne Trauerphasen.

HK: Es gibt doch nicht nur einfach ehemalige DDR-Bürger, die jetzt mit ihrer Vergangenheit zu Rande kommen müssen, sondern auf der einen Seite die aktiven Träger und Unterstützer des früheren Systems, auf der anderen Seite seine Opfer ...

Blazejewski: Den bittersten Schmerz erleiden wir angesichts der Unfähigkeit des Rechtsstaates, in der Vergangenheit verübtes Unrecht, die eigentlichen Verbrechen und die Täter in angemessener Weise zur Verantwortung zu ziehen. Dadurch wird alles relativiert. Die Gesellschaft eröffnet allerdings auch keine Spielräume für wirkliche Aufarbeitung. Betroffene prangern an, Täter ducken ab. Es gibt Ausgrenzungen, Beschuldigungen und Bezeichnungen, aber kaum Bereitschaft, Schuld zu verantworten oder Versöhnung zu ermöglichen. Sicher jedoch sollte man Menschen immer auch die Bereitschaft und Fähigkeit zutrauen, sich zu ändern und ihnen dazu eine Chance geben. Das vermisste ich gegenwärtig sehr.

HK: Ist zu befürchten, daß sich aus diesem Defizit negative Spätfolgen für das gesellschaftliche Zusammenleben in den neuen Bundesländern ergeben oder zeichnen sie sich sogar schon einigermaßen deutlich ab?

Blazejewski: Ich fürchte, wenn alle diese Menschen wegen ihrer Systemnähe keinen neuen Entfaltungsraum bekommen, entsteht Sprengstoff für die nächste Generation. Schließlich werden die Verbitterungen in den Familien aus- und damit auf die Kinder übertragen. So entsteht dann leicht ein verfehltes Denken bei den Kindern. Auf diese Weise könnte sich etwas mit der 68er-Bewegung Vergleichbares bei uns in den neuen Ländern zusammenbrauen.

HK: „Politikverdrossenheit“ war bekanntlich das „Wort des Jahres“ 1992 in der Bundesrepublik; offensichtlich grassiert sie in den neuen Ländern – aus durchaus verständlichen Gründen – in ganz besonderem Maß. Die Mitgliederzahlen der Parteien gehen zurück, Unbehagen gegenüber der Politik macht sich breit; gleichzeitig schwindet die Bereitschaft, sich durch Mitarbeit in Parteien und politischen Gremien zu engagieren. Wie läßt sich diesem für die weitere Entwicklung problematischen Trend denn gegensteuern?

Blazejewski: Es braucht gerade bei uns eine bewußte Willensentscheidung, gegen die zunehmende Verdrossenheit anzugehen. Für die nächsten Jahre bin ich ziemlich skeptisch. Die Weichen wurden nach der Wende gestellt, die wichtigen Ämter sind besetzt, die Dialekte in der Verwaltung vielfältig. Nicht ohne Grund blickt man bei uns mit Sorge auf die Kommunalwahlen im nächsten Jahr, weil sich vermutlich nicht genügend Kandidaten finden, die bereit sind, die aufreibende Arbeit vor Ort auf sich zu nehmen.

HK: Wie steht es denn mit der nachwachsenden Generation, die den Systemumbruch in den Kinder- oder Jugendjahren erlebt hat? Wie reagieren Kinder und Jugendliche, wie reagieren etwa Ihre Schüler auf diese grundlegenden Veränderungen nicht nur in der Schule selber, sondern auch in ihrem

ganzen persönlichen und sozialen Umfeld? Treffen Sie vor allem auf Wurstigkeit oder auf Verunsicherung, auf Verdrossenheit oder auch auf eine gewisse Aufbruchstimmung?

Blazejewski: Es gibt unter unseren Jugendlichen keine generelle Verdrossenheit, wohl aber Krisenphänomene. Als eine der wichtigsten Krisenursachen erscheinen mir die Barrieren, die heute zwischen den Generationen bestehen. Kinder wurden mit den Umbrüchen in den Biographien ihrer Eltern und auch ihrer Lehrer konfrontiert, mit dem Zerbrechen von Lebensentwürfen. Sie bekommen kaum Verstehenshilfen. Bei vielen jungen Leuten ist durch die Wende ein gewisses Grundvertrauen in die Möglichkeiten des Menschen zur aktiven Gestaltung der Welt so radikal erschüttert worden, daß sich das auch in den nächsten Jahren noch auf ihr Verhalten auswirken wird. Es gibt durchaus die Bereitschaft zum Einsatz für Gerechtigkeit, Solidarität oder Gewaltfreiheit, aber es fehlt vielfach an Ausdauer und Zähigkeit, dieses Engagement auch angesichts von Schwierigkeiten durchzutragen und nicht in Resignation abzugleiten.

HK: Und was ließe sich dagegen unternehmen? Wo wäre anzusetzen?

Blazejewski: Das Defizit an politischer Aufklärung muß behoben werden. Die Jugendlichen haben zwar eine höhere Lernfähigkeit und durchaus auch Lernbereitschaft als die meisten Erwachsenen. Aber es bedeutet doch eine gewaltige Anstrengung, wenn man in jungen Jahren, wo man sich überhaupt erst einen festen Fundus an Kenntnissen, Einsichten und Haltungen erwirbt, mit solchen grundlegenden Umbrüchen konfrontiert wird. Deshalb stößt man auch bei manchen Jugendlichen auf eine gewisse Abwehrhaltung. Sie möchten an dem festhalten, was sie sich ja eben erst angeeignet hatten. Über diese Hürde kommen wir hinweg, wenn unser Unterricht die erlebte Wirklichkeit aufnimmt.

HK: Nun hat sich für die Kinder und Jugendlichen nicht nur in der Schule sehr viel verändert, sondern auch in den anderen Lebensbereichen, sei es in den Familien, wo jetzt längst nicht mehr alle Frauen Arbeit haben, die zu DDR-Zeiten in einem Arbeitsverhältnis standen, sei es im Freizeitbereich, wo das alte, engmaschige Netz der Betreuung durch die offiziellen Jugendorganisationen bzw. durch entsprechende staatliche Einrichtungen weggefallen ist ...

Blazejewski: Es fehlt tatsächlich an Angeboten im Freizeitbereich. In den Familien dagegen hat sich im Grunde gar nicht so viel verändert. Die meisten Frauen, die zu DDR-Zeiten voll berufstätig waren, sind jetzt nicht einfach zu Hause, sondern lassen sich umschulen. Frauen bei uns sind weder dazu bereit noch auch überhaupt in der Lage, sich in die Familie zurückzuziehen. Bestimmte Rollen wurden bei uns einfach verlernt und Frauen wollen solche Rollen, die sie nie gelernt haben, jetzt nicht einfach wieder auf sich nehmen. Außerdem lassen es die derzeitigen Löhne angesichts der ungleich steigenden Kosten gar nicht zu, daß Frauen auf Erwerbsarbeit verzichten.

HK: Und wo liegen nach Ihren Erfahrungen die entscheidenden Aufgaben und Herausforderungen für die Schule in den neuen Ländern?

Blazejewski: Die Schule müßte bei uns stärker ein sozialer Lernort werden, wo die Fähigkeit zur Solidarität und zur Verantwortung für andere eingeübt werden kann. Denken sie daran, daß wir in den neuen Ländern einen sehr hohen Prozentsatz an Alleinerziehenden haben. Im Blick auf die Schule als sozialen Lernort macht sich allerdings die Umbruchsituation erschwerend bemerkbar: Die Lehrer hatten in der DDR ja in hohem Maß eine Gesamtverantwortung für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen zur „sozialistischen Persönlichkeit“. Sie müssen jetzt lernen, im Umgang mit den Schülern das menschlich Gute und Notwendige zu tun, ohne wieder in die alte Gängelei zurückzufallen. Weil das ein schwieriges Unterfangen ist, wird im Augenblick manches vernachlässigt. Wenn Lehrer sich um das gesamte soziale Wohlbefinden der Schüler bemühen, wird das ängstlich beobachtet. Man befürchtet, daß es letztlich bei der Bevormundung und Bemutterung bleibt, wie es für die DDR typisch war.

„Christen machen auf ihre Weise einen Trauerprozeß durch“

HK: Wie steht es denn mit den Christen in den neuen Bundesländern, die unter dem früheren Regime eine Außenseiterposition einnahmen? Man könnte vermuten, sie hätten sich schon deshalb mit der Wende bzw. der Integration in das politische und wirtschaftliche System der Bundesrepublik leichter getan als ihre nichtchristlichen Landsleute. Dafür spricht zumindest ihr überproportional hoher Anteil in politischen Ämtern. Aber war dem wirklich so?

Blazejewski: Aufs Ganze gesehen haben sich die Christen mit dem Umbruch nicht leichter getan als die anderen DDR-Bürger. Ihre Vermutung trifft zwar für die Christen zu, die sich in der Vorbereitung der Wende engagiert haben oder nachher in politische Ämter eingerückt sind. Die Kommunal- und Landesverwaltungen könnten kaum funktionieren, wenn es die Christen nicht gäbe. Aber das ist eine Minderheit des Kirchenvolkes in den neuen Ländern. Die Mehrheit der Christen unterscheidet sich in der Art und Weise, wie sie den Entwicklungsprozeß dieser Jahre erlebt hat, nicht von der übrigen Bevölkerung. Christen leben heute sogar in einer stärkeren inneren Solidarität mit der nichtchristlichen Mehrheit als früher. Die gewaltigen Umstellungen, die von den Menschen in den neuen Ländern erlebt und teilweise auch erlitten wurden, haben sie zusammengeführt, die Trennung zwischen denen, die das System unterstützt oder sich ihm angepaßt haben und denen, die ihm zumindest innerlich sehr fremd gegenüberstanden, aufgehoben.

HK: Inwieweit ist bei Christen heute so etwas wie eine „DDR-Nostalgie“ in dem Sinn zu registrieren, daß sie doch ir-

gendwo den alten Verhältnissen nachtrauern, in denen die Fronten klarer waren, und man genau wußte, wo man hingehörte und wovon man sich abzugrenzen hatte?

Blazejewski: Christen trauern sicher nicht dem früheren System nach. Wohl aber machen sie auf ihre Weise einen Trauerprozeß durch. Wir müssen uns das eigene Leben unter den Bedingungen der DDR heute im Rückblick nochmals aneignen, und das braucht Zeit, weil es zur Akzeptanz der teilweise sehr bitteren Konsequenzen aus Entscheidungen führen muß, die früher wesentlich waren, heute aber bedeutungslos erscheinen. Anders können wir die Zukunft nicht wirklich bejahen. Als Christen haben wir bewußt auf gesellschaftliche Geltung und bestimmte Aufstiegschancen verzichtet, weil wir der Überzeugung waren, daß dieses Verhalten für unser Land notwendig war. Für viele gibt es keine Chance mehr, daran noch etwas zu ändern.

HK: An Herausforderungen und Aufgaben für engagierte Christen fehlt es in den neuen Ländern heute sicher nicht. Wo ist ihr Einsatz besonders dringlich?

Blazejewski: Angesichts der verbreiteten Verdrossenheit und Unsicherheit ist es eine elementare christliche Aufgabe, zeichenhaft Hoffnung zu leben. Christen, denen Geld, Geltung und Karriere nicht die höchsten Ziele ihres Lebens sind, weil sie in Größeres ihre Hoffnung setzen, sind für dieses Land gerade heute unersetzlich. Wenn ich in meinen Bekannten- und Freundeskreis blicke, stelle ich fest, daß wir gerade dabei sind, dies zu entdecken.

„Mit dem Teilen gibt es auch in der Kirche immer noch Schwierigkeiten“

HK: Wie sehen Sie als ostdeutsche ZdK-Vizepräsidentin in diesem Zusammenhang das Verhalten der westdeutschen Katholiken bzw. ihrer offiziellen Repräsentanten gegenüber den Katholiken in den neuen Ländern? Fühlen Sie sich in Ihren spezifischen Problemen und angesichts Ihres schwierigen Umfelds verstanden und angemessen behandelt oder bleiben noch Wünsche offen?

Blazejewski: Mit dem Teilen gibt es auch in der Kirche immer noch Schwierigkeiten. Die gleichberechtigte Mitarbeit der Katholiken in den neuen Bundesländern ist nur unter schmerzlichen Auseinandersetzungen zu erreichen, doch wir werden Gleichberechtigung in aller Gelassenheit und Freundlichkeit, mit großer Geduld, aber auch mit Nachdruck einfordern. Ich bin im übrigen fest davon überzeugt, daß wir Christen aus der ehemaligen DDR die Erfahrung, daß sich Christsein nicht am Kreuz vorbei abspielt, und daß man sich auf Gott verlassen kann, gleich wie die gesellschaftlichen Verhältnisse aussehen, als ein kostbares Gut in die Kirche in ganz Deutschland einbringen können. Unsere Kirche war eine Gebetsgemeinschaft und hat in hohem Maß aus der Kraft der Sakramente gelebt. Im Blick auf die ursprünglichen Erfahrun-

gen des Christseins, auf das christliche Grundvertrauen, sind wir eine Lebensquelle für den Westen und nicht einfach diejenigen, die jetzt zu lernen und zu empfangen haben.

HK: Wir stecken mitten in den Vorbereitungen für den Dresdner Katholikentag im Sommer 1994, den ersten Katholikentag in den neuen Bundesländern seit dem Ende der DDR. Er wird unter dem Grundthema Einheit stehen. Wo sehen Sie die Chancen für den kommenden Katholikentag in der sächsischen Landeshauptstadt?

Blazejewski: Dresden kann ein Signal für die Zukunft setzen, wenn es uns gelingt, daß dieser Katholikentag keine Demonstration der Mächtigen, sondern ein erkennbares Zeichen für die Kraft der Schwachen wird. Alle Vorbereitungen, die jetzt zu organisieren und zu strukturieren sind, werden daran Maß nehmen müssen. Das Treffen in Dresden sollte vor allem geprägt sein von Offenheit auch denen gegenüber, die nicht glauben und den Glaubenden mit Skepsis oder großen Vorurteilen begegnen. Wir dürfen keinesfalls als Besserwisser auftreten, die vorgeben, die Wahrheit gepachtet zu haben, sonst würden wir die Chance dieses Katholikentags verpassen, der im übrigen überhaupt nur stattfinden kann in Dresden, weil wir fest mit der bewährten Gastfreundlichkeit gerade auch der nichtchristlichen Sachsen rechnen.

Müssen wir an der katholischen Kirche verzweifeln?

Herausgegeben von Siegfried R. Dunde. 176 Seiten. 19,80
Originalausgabe [3-579-01120-0]
GTB 1120

Bekannte katholische und nicht-katholische Autorinnen und Autoren setzen sich mit der Frage auseinander, ob und – wenn ja – wie der katholischen Kirche angesichts des autoritären Gebarens ihrer Führungsschicht in einer offenen, aufgeklärten Gesellschaft noch zu helfen ist. Die AutorInnen finden unterschiedliche Antworten auf diese Frage und repräsentieren damit die Vielfalt an kritischen Einstellungen gegenüber dem Katholizismus, wie sie innerhalb und außerhalb dieser Kirche heute verbreitet sind.

Müssen wir an der katholischen Kirche verzweifeln?

Georg Denzler
Eugen Drewermann
Siegfried Rudolf Dunde
Norbert Greinacher
Josef Grünwald
Johannes Heinrichs
Horst Herrmann
Adolf Holl
Werner Holzgrove
Hanna-Renate Laurien
Harimut Weesmann
Edith Niehuis
Eleonore von Rotenhan
Rainer Schwarzenthal
Dorothee Sölle
Fulbert Steffensky
Rita Süsmuth
Thomas Webers
GTB

 **Gütersloher
Verlagshaus**
Gard Mohn